

Beschlussvorlage der Verwaltung

Gremium	Sitzung am	Beratung
Stadtentwicklungsausschuss	22.06.2021	öffentlich

Beratungsgegenstand (Bezeichnung des Tagesordnungspunktes)**Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030****hier: Erstellung eines Partizipationsleitfaden „Mobilität“****Betroffene Produktgruppe**

11.12.03 – Verkehrliche Planung

Auswirkungen auf Ziele, Kennzahlen

keine

Auswirkungen auf Ergebnisplan, Finanzplan

Kosten in Höhe von ca. 40.000€

Ggf. Frühere Behandlung des Beratungsgegenstandes (Gremium, Datum, TOP, Drucksachen-Nr.)

StEA, 04.03.2019, TOP 4.1, Drucks. 7236/2014-2020

Rat, 14.03.2019, TOP 11, Drucks. 7236/2014-2020/1

BV Schildesche, 20.08.2020, Top 14, Drucks. 11344/2014-2020

BV Jöllenbeck, 27.08.2020, Top 15, Drucks. 11344/2014-2020

Beschlussvorschlag:**Der Stadtentwicklungsausschuss beschließt die externe Erarbeitung eines Partizipationsleitfaden „Mobilität“ zur Umsetzung der Mobilitätsstrategie 2030****Begründung:**

Der Rat der Stadt Bielefeld hat im März 2019 die Mobilitätsstrategie nach dem sog. SUMP-Standard (Sustainable Urban Mobility Plan) mit dem Ziel beschlossen, den MIV-Anteil bis zum Jahr 2030 auf 25 % zu senken. Mit Beschluss der Mobilitätsstrategie hat die Verwaltung begonnen, verschiedene strategische Konzepte erarbeiten zu lassen, um anschließend auf der Umsetzungsebene entsprechende Maßnahmen zu realisieren.

Gemäß dem Vorgehen eines SUMP ist neben der Erarbeitung einer Vision/Leitidee und der Erarbeitung von Maßnahmenbündeln auch die Konzipierung einer breiten Öffentlichkeitsbeteiligung erforderlich. Aus diesem Grund hat die Stadt Bielefeld Anfang 2020 zusammen mit Partnern aus der Wirtschaft und der Wissenschaft an dem Förderprogramm Mobilitätswerkstadt 2025 teilgenommen. In diesem Projekt sollten die Handlungspotenziale von Akteuren aus Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft mit Hilfe von Experimenten für Veränderungen im Bereich Mobilität nutzbar gemacht werden. Dadurch sollten die Qualitäten in den Blick genommen werden, die durch ein Leben mit weniger Autoverkehr entstehen können. Die Experimente auf Bezirksebene (Jöllenbeck und Schildesche, Drucks. 11344/2014-2020) sollten helfen, konkrete Bedarfe zu ermitteln, um Wandel zu ermöglichen, verhärtete Fronten aufzubrechen und die Debatte zu versachlichen.

Aufgrund der Corona-Pandemie konnte der ursprüngliche Projektansatz nicht durchgeführt werden, sodass in Absprache mit dem Fördergeber ein geänderter Projektverlauf vereinbart wurde. Ziel der Anpassung der inhaltlichen Arbeit im Projekt war es weiterhin herauszufinden, welche Stellschrauben bei partizipativen Ansätzen zu wählen sind, um bei den Bürgerinnen und Bürgern bzw. bei direkt Betroffenen eine grundlegende Akzeptanz, mindestens jedoch Verständnis zu schaffen. Anhand bereits durchgeführter Beteiligungsformate bei den Projekten

- Straßenplanung Dingerdisser Straße,
- Erstellung 3. Nahverkehrsplan,
- Erstellung Radverkehrskonzept,
- Erstellung Machbarkeitsstudie Stadtbahnverlängerung Hillegossen,
- Verkehrskonzept Bielefelder Westen,

wurde durch die Projektbeteiligte RWTH Aachen ein Fragebogen entwickelt und an die Teilnehmenden der o.g. Veranstaltungen versendet. Die Auswertung der ausgefüllten Fragebögen erfolgte ebenfalls durch die RWTH Aachen. Ende März 2021 wurde dann in einem gemeinsamen Workshop bestehend aus Verwaltungsmitarbeiter*innen und den Bezirksbürgermeistern Hr. John, Hr. Prof. Sauer, Hr. Bartels und dem stellvertretenden Bezirksbürgermeister der Bezirksvertretung Stieghorst, Hr. Schäffer die Ergebnisse vorgestellt und diskutiert.

Aus den Befragungen und den Ergebnissen des Workshops ließen sich einige Stellschrauben für die Gestaltung zukünftiger Kommunikationsprozesse im Amt für Verkehr identifizieren. Insgesamt vier Befunde haben sich deutlich hervorgehoben, die sich für eine Neujustierung für zukünftige Verkehrs- und Mobilitätsplanungen anbieten:

- Kommunikationsziele differenzieren
- Erkennbare Wirkung erzeugen,
- Mehr Transparenz herstellen und die Beteiligtenkreise erweitern

Aufbauend auf diesen Stellschrauben, die in Anlage 1 näher beschrieben werden, ergeben sich aus wissenschaftlicher Sichtweise folgende Empfehlungen:

- Entwicklung von Leitlinien für die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger
- Differenzierte, multilaterale Prozesse gestalten
- Systematisch Kompetenzen im Bereich der Kommunikation ausbauen
- Reflexionen fortsetzen und die Ergebnisse umsetzen

Aufbauend auf den vorgenannten Ergebnissen der Befragung sowie den wissenschaftlichen Empfehlungen soll ein Partizipationsleitfaden Mobilität erstellt werden. Die inhaltliche Erarbeitung zielt darauf ab, einheitliche Regeln zur Öffentlichkeitsbeteiligung aufzustellen und Beteiligungsformate und –methoden festzulegen. Bei der Erstellung des Partizipationsleitfaden wird auch die Stadtgesellschaft mit einbezogen. Dazu soll durch externen Sachverstand ein Arbeitsprogramm entwickelt und während der Erstellung eng begleitet werden. Es ist mit Kosten in Höhe von ca. 40.000 € zu rechnen, die im Haushalt des Amtes für Verkehr abgedeckt sind. Eine Fördermöglichkeit existiert nicht.

Beigeordneter

Moss